

Frau  
Lena Berger  
Luzerner Zeitung AG  
Maihofstrasse 76  
6002 Luzern

Emmenbrücke, 10. Jun. 2017 / fes

### Ihre Anfrage vom 09.06.2017, 1458 Uhr per Mail

Sehr geehrte Frau Berger

Im Namen unseres Verbandspräsidenten, Herrn Domenghini, nimmt der Verband der Luzerner Polizei wie folgt Stellung:

- **Die Kantonsräte gehen davon aus, dass die finanzielle Einsparung im Abbau von Überstunden bestehen wird. Hat sich bei der Luzerner Polizei so viel Überzeit angehäuft, dass sich dies lohnen wird?**

*In den letzten Jahren haben sich die Überstunden bei der Luzerner Polizei angehäuft. Dies als Folge des chronischen Personalmangels. Die benötigten Stellen bei der Polizei wurden nicht im ausgewiesenen Rahmen gewährt. Zusätzlich wurden die bewilligten Aufstockungen Jahr für Jahr halbiert oder hinausgezögert.*

*Buchhalterisch mag ein Abbau von Überstunden einen kurzfristigen Effekt haben, aber damit ist es dann auch schon getan. Die Mitarbeitenden, welche ihre Überzeit abbauen, fehlen bei der täglichen Aufgabenbewältigung, wie Präsenz, Kontrollen, Interventionen, Sachbearbeitungen etc. Für die Überstunden abbauenden Mitarbeitenden müssen die anderen im Dienst stehenden Überstunden leisten, um die anfallenden Aufgaben erledigen zu können. Die Katze beisst sich in den eigenen Schwanz. Das Problem der anhäufenden Überstunden kann nur mit mehr Polizeipersonal begegnet werden.*

- **Im Planungsbericht über die Leistungen und Ressourcen der Luzerner Polizei (2014) heisst es, dass eine Schwächung der präventiven Präsenz zu einer weiteren Zunahme von Delikten und einer verstärkten Belastung der Kriminalpolizei führen wird. Befürchten Sie nun, dass genau dies eintritt?**

*Fehlt die uniformierte Polizeipräsenz als präventive Massnahme nimmt die Delinquenz unweigerlich zu. Schon heute ist nach Auffassung des Verbands die Luzerner Polizei nicht mehr in der Lage, im ganzen Kantonsgebiet die notwendige Präsenz zu leisten. Die noch vorhandenen Polizeipatrouillen sind an Ereignisse gebunden und*

die Interventionszeiten werden steigen. Der Bürger muss demzufolge länger auf die polizeiliche Hilfe warten.

Nimmt die Kriminalität zu, wird dies natürlich auch auf die Kriminalpolizei entsprechende Auswirkungen haben. Bereits heute ist die Kriminalpolizei kaum mehr in der Lage, den Drogenhandel, den Menschenhandel, die Vermögensdelikte (z.B. Einbrüche, Diebstähle, Internetdelikte) und die Wirtschaftsdelikte mit der nötigen Intensität, mangels Personal und Mittel, zu bekämpfen. Die oft geäußerte Problemlösung mit einer Kräfteverschiebung innerhalb der Polizei greift zu kurz. Der Polizeiberuf verlangt heute aufgrund der Komplexität der Gesetzgebung spezialisiertes Fachwissen in den verschiedenen Aufgabenbereichen der Polizei. Zum Vergleich: ein Unternehmer in der Privatwirtschaft wohl kaum von heute auf morgen einen Handwerker in der Buchhaltung einsetzen können.

Die Kriminalstatistik zeigt zwar auf, dass die Anzahl der angezeigten Delikte leicht zurückgegangen ist. Es handelt sich hier aber um eine Helfeldstatistik, welche keine Aussagen zur Komplexität der einzelnen Strafverfahren oder zur Dunkelziffer zulässt. Für einen erheblichen Teil der fehlenden personellen Ressourcen ist aus Sicht des Verbandes der Luzerner Polizei die geltende Strafprozessordnung mitverantwortlich, welche die Strafverfahren verkompliziert, die Beweismittelerhebung erschwert und den Formalismus fördert. Dadurch sind die einzelnen Strafverfahren massiv aufwändiger und kostenintensiver. Aus diesen Gründen können viele der Polizei bekannte Straftaten nicht bzw. nicht im erforderlichen Rahmen verfolgt werden.

- **Bereits 2015 wurde bei der Luzerner Polizei gespart, in dem die Patrouillentätigkeit reduziert wurde. Der Verband der Luzerner Polizei schrieb damals, dass dadurch die verfügbaren Kräfte in den Hotspots gebündelt würden und die Randgebiete die Reduktion deutlich spüren würden. Wird das nun wieder darauf hinaus laufen?**

In der Wahrnehmung Verbandes ist dies bereits schon eingetroffen und wird sich demzufolge verschärfen. Die polizeiliche Versorgung in den Randgebieten ist heute schon minimal und wird sich künftig verschlechtern. Selbst die Hotspots in den urbanen Gebieten können nicht mehr mit der nötigen Intensität, wie präventive Präsenz, Intervention, Kriminalitätsbekämpfung, bewirtschaftet werden. Dies hat dann zur Folge, dass die Kriminalität zunehmen und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung abnehmen wird.

- **Im Rahmen dieses Sparpakets wurde vom Kantonsrat die Bemerkung überwiesen, dass bei den Leistungen der Polizei nicht mehr gespart werden dürfen. Bricht die Regierung mit dem aktuellen Vorgehen nun ihr Wort?**

Am 16 Mai 2017 veröffentlichte der Regierungsrat das Finanzleitbild 2017. Darin wurde ausgeführt, dass drei Kernaufgaben, unter anderem die polizeilichen Leistungen, weiter wachsen dürfen. Dies bedeutet, dass mindestens die geplanten Mittel zur Verfügung stehen müssten, ohne Kürzungen. Heute nun teilt die Regierung mit, dass auch bei der Polizei gespart werden müsse.

Aus der Optik des Verbandes der Luzerner Polizei sind weder der Regierungsrat noch der Kantonsrat verlässliche Partner. Kaum hat die Regierung ihr Finanzleitbild 2017 vorgelegt, wirft sie dieses bereits wieder über Bord. Die politisch Verantwortlichen handeln nach unserer Meinung unüberlegt, mit einem sehr kurzfristigen Blickwinkel.

*Nach Auffassung des Verbandes der Luzerner Polizei kann es nicht angehen, dass bei der Polizei eine Reduktion von Polizeileistungen und in der Strafverfolgung umgesetzt werden sollen. Mit letzterem müsste die Polizei auf Weisung der Regierung gegen den im Bundesrecht (Art. 7 StPO) festgelegten Verfolgungszwang verstossen. Es macht den Anschein, als ob die Politik lieber tiefere Steuern satt Sicherheit für Ihre Bürgerinnen und Bürger will. Sicherheit gleich Wohlstand, Wohlstand gleich Steuerertrag!*

Freundliche Grüsse

Felder Stefan  
Vize-Präsident